

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für den Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Dringens monatlich 90 Pf.
Zusatz für Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Ostereich-Ungarn M. 5.— Erhalten tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 1465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Zwingerstraße 14 Tel. 1769.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Eigenpreise mit 25 % berechnet, bei dreimonatiger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Erwerbungen 20 Pf. Inzerate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 96.

Dresden, Donnerstag den 27. April 1911.

22. Jahrg.

Partei- und Gewerkschaftsgegnossen! Rüstet zur Maifeier!

Die britische Reichskonferenz.

London, 25. April.

In einigen Wochen werden sich die Ministerpräsidenten
und andere leitende Staatsmänner der großen britischen selbst-
regierenden Kolonien — Kanada, Neufundland, Australien,
Südafrika und Südafrika — in London versammeln, um mit
der Regierung des Mutterlandes über Fragen, die für das
ganze Weltreich gemeinsames Interesse haben, zu beraten.
Diese Verhandlungen werden ohne Zweifel auch die Aufmerk-
samkeit der außerbritischen Welt auf sich lenken.

Die britische Reichskonferenz ist eine Institution von
großer Bedeutung. Die erste fand im Jahre 1897 statt, und die
nachfolgende wird die vierte sein. Aber trotz ihrer Jugend
hat sie bereits eine bewegte Geschichte hinter sich. Ja, sie hat
der Zwischenzeit ihr Wesen völlig verändert und sich damit
von der Regierung ganz neuer Entwicklungstendenzen für das ge-
samte britische Weltreich gemacht. Die erste Reichskonferenz
dankte dem Imperialisten Chamberlain, dem da-
maligen Kolonialsekretär, ihre Entstehung. Damals begann
der Gang der Entwicklung den englischen Imperialisten Weg-
weiser einzuführen. Man fing an zu bemerken, daß man mit
den alten Verhältnissen, daß den Dominions und beschränkte
Entwicklung gestattet war, während alle Reichsangelegen-
heiten — äußere Politik, Militarismus, die Beherrschung In-
dians und der anderen eigentlichen Kolonien — ausschließlich
den Händen der Londoner Regierung blieben, auf die Dauer
nicht würde auskommen können. Die Kolonien hatten sich zu
eigenen Nationen ausgewachsen, jede mit einer eigenen Indi-
vidualität und einem besonderen Nationalgefühl, ihre innere
ökonomische Entwicklung und ihr Außenhandeln machten
große Fortschritte. Kein Wunder, daß sie die Leitung auch
der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen von der
Londoner Zentrale aus als lästig und ungerecht zu empfinden
begannen. Die englischen Imperialisten sahen mit Schrecken
auf diese Entwicklung, wo sich Quisquos Wort, daß Kolonien Früchte
sind, die nur so lange am Baume hängen, bis sie reif geworden
sind, am britischen Weltreich bewahren sollte.

Dieser Entwicklung sollten die Reichskonferenzen ent-
gegenwirken. Statt in eine Reihe völlig unabhängiger Staats-
wesen auseinanderzufallen, sollte das ganze britische Weltreich
wieder mehr nach und nach dem Typus des Einzelstaates
ähnlich. Nicht allmähliche Auflösung des Reiches, sondern
eine engere Vereinigung, eine „Closer Union“, das war
Chamberlains Gedanke, der die erste Reichskonferenz be-
stimmte. Aber noch ein anderer Gedanke spielte dabei eine
große Rolle, der nicht nur den Imperialisten, sondern auch den
„Wilde Engländer“, den Kleinregierungen, sehr gut gefiel. Die
Dominions sollten die stetig steigende Last der „Reichsvertei-
gung“ mittragen helfen, d. h. in bestimmten Quoten zu dem
schon bestehenden Militär- und Marinebudget beisteuern, oder doch
in entsprechenden Zeiträumen die englische Admiralität mit
ihren fertigen Dreadnought beschenken, „um so den Grundgedan-
ke gegenwärtigen Unterstützung und einen wahrhaft imperialen
Nationalismus zu begründen“. Den kolonialen Staatsmännern
sollten diese neuen Theorien nicht sofort einleuchten. Sie
sahen die schönen Reden Chamberlains und der anderen eng-
lischen Minister aufmerksam an, begnügten sich aber schließlich
mit der Annahme einer Resolution, worin sie „die bestehenden
Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und den
selbstregierenden Kolonien als unter den gegenwärtigen Um-
ständen im allgemeinen zufriedenstellend“ erklärten.

Dann kam die Reichskonferenz von 1902. Die Erfah-
rungen von 1897 hatten den Optimismus Chamberlains
niedrigem gedämpft. Er redete nicht mehr viel von einer
„Closer Union“, sondern drückte nur die Hoffnung aus, daß
die unternehmen werden würde, was die Verantwortlichkeit
der Reichsverteidigung in Zukunft unendlich machen könnte.
Er sagte, daß er die Kolonien um so eindringlicher um eine
freiwillige Anteilnahme an den Lasten der Reichs-
verteidigung. Unter dem Einfluß des Burenkrieges war der
Gang der Kolonien für imperialistische Ideen gewachsen, und
erklärte sich die Konferenz — mit der bemerkenswerten Aus-
nahme des kanadischen Ministerpräsidenten
Sir Wilfrid Laurier — im Prinzip dafür, daß die Do-
minions zu den Leistungen beisteuern sollten. Gleichzeitig
wurde aber auch eine Resolution hinzugefügt, in der verlangt
wurde, daß vor dem Abschluß geheimer Verträge mit
anderen Staaten die Ansicht der betroffenen Kolonien
berücksichtigt werden solle. Dies zeigte sich schon, daß sich die
Kolonien die Sache ganz anders vorstellten als die englischen
Imperialisten. Sollten die Kolonien zu den Reichslasten bei-
steuern, dann müßten sie auch in Reichsangelegenheiten mit-
bestimmen haben, sie wollten keine Kolonien, sondern Part-
ner, gleichberechtigte Geschäftspartner sein.

Das kam in den folgenden Jahren immer deutlicher zum
Vorschein. Chamberlain lehnte von seiner Reise nach Süd-
afrika mit der Überzeugung heim, daß sich die „Closer Union“
auf rein politischer Grundlage nicht durchführen lassen werde.
Er begann seine große Agitation für koloniale Vor-
zugszölle, was natürlich die Einführung des Schutzzölles
in England zur Vorbereitung hatte. Dabei wollte aber das
englische Volk nichts wissen. Die dritte Reichskonferenz von
1907 fand bereits unter der Leitung einer liberalen, frei-
händlerischen Regierung, die alle Hoffnungen auf Vorzugszölle un-
barmherzig zerstreute. Um so leichter war es natürlich für die
Vertreter der Kolonien, fremde Resolutionen zugunsten von
Vorzugszöllen anzunehmen. Aber die Entwicklung, die die
Kolonien zu mitbestimmenden Faktoren der Reichspolitik
macht, ging auf dieser Konferenz ein großes Stück weiter. Die
Konferenz wurde zu einer dauernden Reichseinrichtung ge-
macht, nicht um durch sie eine „Closer Union“ herbeizuführen,
sondern um den Kolonien zu ermöglichen, auf
gleichem Fuße mit dem Mutterlande bei den
Reichsangelegenheiten mitzureden. Von einer
weiteren Vertiefung der Kolonien zum englischen Flotten-
etat war keine Rede mehr. Dagegen wurden Resolutionen
zugunsten der Schaffung eines Reichsgeneralsstabes,
in dem die großen Kolonien vertreten sein sollten, sowie andere
Vorschläge zur Teilnahme der Kolonien an der Arbeit der
Reichsverteidigung angenommen.

Im Jahre 1909 machte diese Entwicklung für einen
Augenblick scheinbar halt. Unter dem Einfluß der künstlich
vorbereiteten großen Kriegsspann jenes Jahres boten Aus-
tralien und Neuseeland dem Mutterlande je einen Dread-
nought an, um die deutschen Flottenrüstungen zu überbieten.
Die englische Regierung nahm diese Anerbietungen schnell an.
Doch schon nach wenigen Monaten, anlässlich der in London
stattgefundenen Reichsverteidigungskonferenz, zog
Australien sein Anerbieten zurück. Diese Reichsverteidi-
gungskonferenz war wieder eine Etappe in derselben Entwic-
klungsrichtung. Hier beschloßen Kanada und Australien, sich
eine eigene Flotte zu schaffen, nur Neuseeland, das noch nicht
reich genug ist, um auf eigene Faust Flotte zu spielen, willigte
ein, dem englischen Marineamt einen Dreadnought, der aber
in chinesischen und neuseeländischen Wässern zu stationieren
hat, anzubieten, ferner jährlich 100 000 Pfund Sterling zum
englischen Flottenetat beizusteuern. Wer verfügt aber über
diese kolonialen Flotten? Hierin kommt die große Änderung
der letzten Jahre am deutlichsten zum Vorschein. Noch aus der
Reichsverteidigungskonferenz von 1909 hielten es die Vertreter
der englischen Regierung für selbstverständlich, daß die koloni-
alen Flotten im Kriegsfall ohne weiteres der englischen
Admiralität zur Verfügung gestellt werden. Allein, so haben
die Kolonien nicht gewillt. Das australische Flottengesetz von
1910 ermächtigt die australische Regierung, die australischen
Kriegsschiffe im Falle eines Krieges der englischen Admiralität
zur Verfügung zu stellen. Ob sie es aber tatsächlich tut, hängt
vom freien Ermessen der australischen Regierung ab. Die eng-
lische Regierung hat keinen Einfluß darauf. Kanada geht
noch viel weiter. Der Ministerpräsident Sir Wilfrid Laurier
erklärte vor einigen Monaten ausdrücklich im kanadischen Par-
lament, daß sich Kanada in die Militärangelegenheiten des
Reiches nicht einmischen, sondern auch in bezug auf die äußere
Politik Herr in eigenen Hause sein wolle. Das Par-
lament, die Regierung und das Volk Kanadas werden von
Fall zu Fall darüber entscheiden, ob sie an einem Kriege des
Mutterlandes teilnehmen wollen oder nicht.

Was wird die bevorstehende Reichskonferenz bringen?
Die englische Regierung scheint die Absicht zu haben, den
großen entscheidenden Fragen soweit wie möglich aus dem
Wege zu gehen und sich auf untergeordnete Angelegenheiten,
wie Ein- und Auswanderung, Postwesen, Kabel usw., zu be-
schränken. Früher oder später wird sie aber wohl oder übel
die veränderte Situation offen ins Auge fassen müssen. Daß
die Entwicklung auch auf dieser Konferenz nicht stehen bleiben
wird, ergibt sich schon daraus, daß jetzt zum erstenmal eine
ausführliche Besprechung der ganzen inter-
nationalen Politik Englands stattfinden wird.
Die kolonialen Staatsmänner werden in Geheimnisse einge-
weiht werden, die auch den Mitgliedern des englischen Par-
laments gegenüber sorgfältig gehütet werden, und man darf
wohl auch voraussetzen, daß sie sich schon bei dieser ersten Be-
gegnung einen größeren Einfluß auf die englische Reichspolitik
sichern werden, als das englische Parlament jemals auszu-
üben vermocht hat.

Die englischen Imperialisten und Ingos haben von
dieser Reichskonferenz wenig zu hoffen. Die toten Vorzugs-
zölle werden jetzt nach den kanadisch-amerikanischen Reziprozität-
unterhandlungen sicherlich nicht aufstehen. Und das

ganze Personal der Konferenz ist den Imperialisten wenig
günstig. Aus Australien kam 1907 der damalige Ministerpräsi-
dent Deacon, der seine äußerst gefährliche Regierung durch
eine jugendlich schutzkollerische Agitation zu retten suchte.
Diesmal kommt aus Australien der Ministerpräsident der Ar-
beiterregierung, Andrew Fisher, mit mehreren
seiner Arbeiterkollegen. Die australischen Arbeiterorgani-
sationen, von denen die Regierung abhängt, halten Reso-
lutionen angenommen, in denen sie überhaupt die Teilnahme
der Regierung an der Reichskonferenz und den Kräftigungs-
funktionen mißbilligten. Die australische Regierung aber
rechtfertigte ihren Entschluß damit, daß die Fahrt nach Lon-
don die Sache der politischen Arbeiterverzei-
tung in Australien und im ganzen Reiches för-
dern werde. So zieht die australische Delegation zur
Reichskonferenz aus. Ebenso bemerkenswert ist die südafri-
kanische. Im Jahre 1907 kam der berühmte Dr. Jameson
aus Südafrika. Jetzt aber kommt der Ministerpräsident des
Vereinigten Südafrika, der Burengeneral Botha, mit anderen
ausgesprochenen Afrikanern, während Dr. Jameson zu Hause
bleibt, um die Opposition zu leiten. Aus Kanada kommt wieder
Sir Wilfrid Laurier, von dem die Imperialisten am aller-
wenigsten etwas zu erwarten haben.

Für die außerbritische Welt ist die immer deutlicher
durchdringende Tatsache von der höchsten Bedeutung, daß die
britische Weltpolitik nicht mehr ausschließlich vom Londoner
Kabinett bestimmt wird, sondern daß die großen Völker-
nationen an allen Enden der Erde einen wachsenden Einfluß
auf sie ausüben. Diese Entwicklung liegt in der Natur der
Sache, und England wäre nicht imstande, sie aufzuhalten.
Entweder fällt das Weltreich in völlig selbst-
ständige Staaten auseinander oder die inter-
nationale Politik Englands muß nach den
Bedürfnissen aller Teile umgemodelt wer-
den. Ein Drittes gibt es nicht, und die Engländer haben ja
ein besonderes Geschick, sich in das Unabhängige zu finden.
Der weitere Fortgang dieser Entwicklung wird für die anderen
Staaten ohne Zweifel eine ganze Reihe bösserträchtlicher Pro-
bleme eröffnen, weil man es mit halb- oder fast unabhängigen
Staaten zu tun haben wird. Aber vom Gesichtspunkte der
internationalen Beziehungen und des Fried-
dens ist die neue Entwicklung erwünscht zu begrüßen. Über
kurz oder lang werden die großen Flotten der englischen Koloni-
en auf der Weltbühne erscheinen. Sollte die Wachstums-
Englands jemals durch einen Angriff von außen bedroht wer-
den, dann werden die Streitkräfte der Kolonien ohne Frage
dem Mutterlande zu Hilfe eilen. Aber andererseits kann es
schon heute keinem Zweifel unterliegen, daß die Flotten und
Heere der Kolonien nicht dazu zu haben sein werden, etwaige
Erwerbungspläne Englands oder abenteuerliche Unternehmungen
am Festlande Europas zu unterstützen. Welche Erwerbungen
können der Ruhe und dem Frieden Europas nur dienlich sein.

Marokko.

Eine Abweigerungsnote des deutschen Auswärtigen Amtes?

Während die alldeutschen Kaiserplattentblätter forscht,
in stürmischen Artikeln „den Anteil Deutschlands an Marokko“
zu fordern, bringt die Magdeburgerische Zeitung eine
Berliner Zudrift, die die aufgeregten Ueberdramatisierungen emigri-
erter zur Besonnenheit mahnt. Falls diese Zudrift, wie ver-
mutet wird, vom Auswärtigen Amt ausgeht oder doch dessen
Absichten richtig wiedergibt, so würde sie als die erste Neu-
erung des Auswärtigen Amtes seit den letzten Zudriften der
marokkanischen Dinge von erheblicher Wichtigkeit sein. Die
bemerkenswerte Zudrift besagt:

„Einige deutsche Blätter sind in den letzten Tagen lebhaft
bemüht, die deutsche Regierung auf die Vorgänge in Marokko auf-
merksam zu machen und zu einem möglichst energischen
Austreten gegen die französischen Eroberungsgelüste zu
veranlassen. Zugleich wird Herr v. Maderich-Wäster auch
der Mühe erhabend, den Weg zu einem solchen Vorgehen der deutschen
Regierung erst lange zu suchen. Eine Wäster halten es für nötig,
binnen kurzem eine neue Algeriaskonferenz einzuberufen,
da die alte doch bald ablaufe. Das Recht der deutschen Regierung,
auf der Einhaltung des früheren Abkommens zu bestehen, sei un-
zweifelhaft, und daher müßte sich Frankreich einer dahingehenden
deutschen Forderung unbedingt fügen.“

Ein tatsächlicher Irrtum sei hier zunächst berichtigt: Es ist
bunhaus nicht richtig, daß die Algeriaskonferenz in ihrer Bedeutung ge-
lich begrenzt ist. Ihre wesentlichen Punkte, wie die Wahrung der
Selbständigkeit Marokkos als Staat, sind in ihrer Dauer völlig
unbestimmt gelassen. Lediglich zwei Punkte, die marokkanische Staats-
bank und das französische Vizekönigtum in den einzelnen Oasen, sind
seitlich begrenzt. Die Wankonzessionen erstreckt nach vierzig Jahren,